

industriAll 35/2013

Standpunkt von industriAll Europe zur Situation und Entwicklung des europäischen Verteidigungs- und Sicherheitssektors

(verabschiedet vom 3. industriAll Europe-Exekutivausschuss

Luxemburg, 26.-27. November 2013)

Kurzdarstellung

Sichere, nachhaltige Arbeitsplätze und Produktionsstandorte in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, angemessene Arbeitsbedingungen, das höchste Niveau bei sozialem Schutz und Löhnen sowie Arbeitnehmerrechten sind zentrale Ziele von industriAll European Trade Union. Hierauf gründen die Positionen der Mitgliedsgewerkschaften.

Die Verteidigungs- und Sicherheitsindustrie unterscheidet sich von anderen Wirtschaftssektoren. Politik spielt eine entscheidende Rolle, was gut und richtig ist. Die entscheidende Rolle der Politik bedeutet aber auch, dass politische Entscheidungsträger auch eine besondere Verantwortung für die Beschäftigten tragen.

Die Mitgliedsgewerkschaften von industriAll Europe begrüßen die derzeitige Aufmerksamkeit der Politik für die Situation und die Entwicklung des europäischen Verteidigungs- und Sicherheitssektors. Die Mitteilung der Europäischen Kommission „Auf dem Weg zu einem wettbewerbsfähigeren und effizienteren Verteidigungs- und Sicherheitssektor“ unterstreicht dies deutlich. Wir begrüßen besonders, dass der Europäische Rat den Sektor bei seiner Sitzung im Dezember 2013 vorrangig behandeln wird. Das Jahr 2013 kann so für den europäischen Verteidigungs- und Sicherheitssektor ein Schlüsseljahr werden.

Die Mitteilung der Europäischen Kommission befasst sich mit wichtigen Themen, die in den kommenden Monaten detailliert ausgearbeitet werden sollten.

- Die Entwicklung einer industriellen Basis im Bereich Verteidigung, die die Sicherheit der EU und ihrer Mitgliedsstaaten gewährleisten kann, erfordert eine Ausrüstung, die in EU-Mitgliedsstaaten entwickelt, hergestellt und gewartet wird. IndustriAll Europe unterstützt eine verstärkte Zusammenarbeit und eine

fokussierte europäische Industriepolitik.

Normierung und Zertifizierung stellen wichtige Grundlagen für die Zusammenarbeit sowie für einen fairen Wettbewerb in der EU dar.

- Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) spielen in der Wertschöpfungskette eine entscheidende Rolle. IndustriAll Europe unterstützt das Ziel, dass KMU mehr Möglichkeiten erhalten sollten, am europäischen Markt zu partizipieren. Die vorgeschlagene „Europäische Strategische Cluster-Partnerschaft zur Förderung neuer Wertschöpfungsketten“ muss jedoch näher erläutert werden.
- Beschäftigte mit hoch spezialisierten Fähigkeiten sind für die Verteidigungs- und Sicherheitsindustrie Europas entscheidend. IndustriAll Europe würde daher die Einrichtung eines „European Sector Skills Council for Defence“ begrüßen, um die künftigen Kompetenzbedarfe zu antizipieren.
- Der industrielle Wandel muss gestaltet werden, um langfristige Beschäftigungsperspektiven zu entwickeln. Dies erfordert Industriepolitiken in der Europäischen Union und in den Mitgliedsstaaten, die auch Diversifizierungs- und Konversionsstrategien umfassen.
- Die Gewerkschaften fordern höhere Investitionen in Forschung, Technologie und neue Kooperationsprogramme, um Kernkompetenzen entlang der gesamten Wertschöpfungskette und darüber hinaus für zivile Sektoren zu sichern. IndustriAll Europe begrüßt die Erschließung des Dual-Use-Potenzials von Forschung und verstärkter Innovation.
- IndustriAll Europe begrüßt eine stärkere Harmonisierung von Ausfuhrgenehmigungen in Übereinstimmung mit dem gemeinsamen Standpunkt der EU zu Waffenexporten aus dem Jahr 2008 und mit dem weltweiten Waffenhandelsvertrag (Arms Trade Treaty) aus dem Jahr 2013. Die Gewerkschaften unterstützen zudem ein langfristiges EU-Konzept für strategische Exportkontrollen von Dual-Use-Gütern.
- Für industriAll Europe ist es verantwortungslos, Exportmöglichkeiten über Menschenrechte zu stellen.

Die Fähigkeiten der Beschäftigten sind die Grundlage der Industrie. Trotzdem zählen sichere Arbeitsplätze und Standorte, angemessene Arbeitsbedingungen und Arbeitnehmerrechte anscheinend NICHT zu den Kernzielen der Europäischen Union, ihrer Mitgliedsstaaten und der Industrie.

IndustriAll Europe fordert daher, dass die Beschäftigten und ihre Vertretungen in die seit langem überfällige Diskussion über Strategien für den Verteidigungs- und

Sicherheitssektor eingebunden werden. Wir bedauern es sehr, dass die Mitteilung der Kommission diese Notwendigkeit nicht erkennt.

I Standpunkt der Gewerkschaften

Seit Mitte der 1990er Jahre befindet sich der Verteidigungs- und Sicherheitssektor im strukturellen Wandel mit Konsolidierungs- und Konzentrationsprozessen.

Die Mitgliedsgewerkschaften von industriAll Europe sind sich bewusst, dass der Druck anhält, nicht zuletzt aufgrund sinkender Verteidigungshaushalte. Zugleich muss aber betont werden, dass weder ein europäischer Markt für Verteidigungsgüter noch eine wirkliche Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie eine gemeinsame Außenpolitik entwickelt worden sind.

Daher begrüßt industriAll Europe die Möglichkeit, jetzt – im Anschluss an die Mitteilung der Europäischen Kommission „Auf dem Weg zu einem wettbewerbsfähigeren und effizienteren Verteidigungs- und Sicherheitssektor“ und die Tagung des Europäischen Rates am 19. und 20. Dezember 2013 – die dringend erforderliche Debatte über die Zukunft des europäischen Verteidigungs- und Sicherheitssektors zu führen. Anscheinend gibt es eine neue Dynamik und neuen Schwung für eine intensiviertere Zusammenarbeit. Wenn dies zu konkreten Ergebnissen führen sollte, dann könnte das Jahr 2013 ein Schlüsseljahr für den europäischen Verteidigungs- und Sicherheitssektor werden.

Eine für industriAll Europe 2012 erstellte Studie¹ veranschaulicht die Situation der europäischen Landsystemindustrie. Aus dieser Studie leiteten die Gewerkschaften die folgende Schlussfolgerung ab, die am 27. November 2012 durch den Exekutivausschuss von industriAll Europe beschlossen wurde.

„Mehr Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik verbunden mit einer starken europäischen Industriepolitik für den Verteidigungssektor sind notwendig. Die Gewerkschaften unterstützen eine verstärkte Zusammenarbeit auf der Grundlage einer gemeinsamen politischen und industriellen Strategie.

Es ist die Aufgabe der EU-Mitgliedstaaten und der europäischen Institutionen, die Industriepolitik in Europa voranzutreiben, die öffentlichen Ausgaben zu lenken und zu kontrollieren sowie die sozialen Folgen von Umstrukturierungsprozessen zu minimieren. Die nationalen Regierungen und

¹ „Studie zu den Perspektiven der europäischen Landsystemindustrie“, industriAll Europe, Oktober 2012.

die EU sollten bei der Entwicklung industriepolitischer Maßnahmen für den Verteidigungssektor, einschließlich Diversifizierungs- und Konversionsstrategien, eine aktive Rolle übernehmen.“

Wir betonen erneut, dass die Regierungen aufgrund der Besonderheit von Verteidigungsgütern die politische Verantwortung für den Sektor tragen. Regierungen und Industrie müssen daher dafür sorgen, dass der industrielle Wandel gestaltet wird. Die Beschäftigte brauchen eine langfristige Vorstellung zu Beschäftigungsaussichten, einschließlich Beschäftigungsalternativen, zum Beispiel über industrielle Diversifizierungs- und Konversionsprojekte.

Die Gewerkschaften unterstützen eine verstärkte Zusammenarbeit, betonen aber, dass diese auf einer gemeinsamen politischen und industriellen Strategie basieren muss, die die europäischen Verteidigungsfähigkeiten und -bedürfnisse festlegt. Hierbei müssen alle, die Mitgliedsstaaten, der Europäische Rat, die Europäische Verteidigungsagentur und die Europäische Kommission, ihre Rolle übernehmen.

Die Fähigkeiten, die Erfahrung und das Fachwissen der Beschäftigten, bilden die Grundlage der Verteidigungs- und Sicherheitsindustrie und die Basis ihres Erfolgs. Nichtsdestotrotz zahlen sichere Arbeitsplätze und Standorte, angemessene Arbeitsbedingungen und Arbeitnehmerrechte anscheinend NICHT zu den Kernzielen der Europäischen Union, ihrer Mitgliedsstaaten und der Industrie. Die Mitteilung der Europäischen Kommission bildet hier leider KEINE Ausnahme.

Daher fordert industriAll Europe die Mitgliedsstaaten und die EU-Institutionen auf, dafür zu sorgen, dass die Beschäftigten und ihre Vertretungen auf allen Ebenen von Industriepolitik und Sozialdialog (auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene) in die Gespräche über die notwendigen politischen und industriellen Strategien für den Verteidigungs- und Sicherheitssektor eingebunden sind.

Vor diesem Hintergrund fordert industriAll Europe die Europäische Kommission, die Aerospace and Defence Industries' Association (ASD) und die Europäische Verteidigungsagentur (EDA) auf, die „Verteidigungspartnerschaft“ zu stärken, die sie 2008 mit den Gewerkschaften ins Leben gerufen haben. Ein industriepolitischer Dialog mit allen Mitgliedern der „Verteidigungspartnerschaft“ sowie mit den EU-Mitgliedsstaaten und dem Europäische Rat wäre ein notwendiger Schritt, um die Schwäche der heutigen Strategien für den Verteidigungs- und Sicherheitssektor zu überwinden. Transparenz und Offenheit zwischen allen Beteiligten sind unerlässlich, um einen nachhaltigen europäischen Verteidigungs- und Sicherheitssektor zu entwickeln; Verschlossenheit würde auch unsere demokratischen Grundsätze verletzen.

II Die Mitteilung der Europäischen Kommission

Die Mitteilung der Europäischen Kommission behandelt wichtige Themen, die in den kommenden Monaten detailliert ausgearbeitet und näher erläutert werden sollten.

Die Entwicklung einer starken industriellen und technologischen Basis im Verteidigungssektor, die die Sicherheit der EU und ihrer Mitgliedsstaaten gewährleisten kann, erfordert die Beschaffung von Ausrüstung und Gütern, die in EU-Mitgliedsstaaten entwickelt, hergestellt und gewartet werden. IndustriAll Europe unterstützt faire Wettbewerbsbedingungen in der Europäischen Union und begrüßt daher die regelmäßige Prüfung, wie die neuen Regeln der Beschaffungsrichtlinie 2009/81 für den Verteidigungs- und Sicherheitsektor angewendet werden. Die Grenzen möglicher Ausnahmen sollten in Abstimmung mit den Mitgliedsstaaten geklärt werden. Darüber hinaus muss Sorge getragen werden, dass alle notwendigen Bedingungen erfüllt sind, wenn Mitgliedsstaaten Artikel 346 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union geltend machen, um die Richtlinie nicht anwenden zu müssen.

Europa muss in der Lage sein, die gesamte Bandbreite der industriellen Leistungsfähigkeiten entlang der ganzen Wertschöpfungskette zu liefern und dabei auch kleine und mittlere Unternehmen (KMU) einschließen. Daher unterstützt industriAll Europe die Pläne von Kommission und EDA, einen konsultativen Prozess einzuführen, damit sich die Mitgliedsstaaten verpflichten, die vereinbarte Lieferkette gegenseitig zu sichern.

Wenn in Mitgliedsstaaten keine Regelungen zu Fusionen und Übernahmen vorhanden sind, dann sollte nach Ansicht von IndustriAll Europe die Europäische Kommission im Verteidigungssektor eine Kontrollfunktion übernehmen (Subsidiarität). Diese sollte dann wirken, wenn ein im Verteidigungssektor tätiges Unternehmen künftig von einer Gruppe kontrolliert werden könnte, deren strategische Entscheidungen außerhalb der Europäischen Union getroffen werden.

IndustriAll Europe unterstützt eine verstärkte Zusammenarbeit und eine fokussierte europäische Industriepolitik. Normierung und Zertifizierung sind wichtige Grundlagen für die Zusammenarbeit. In diesem Zusammenhang unterstützen die Gewerkschaften das vorgeschlagene europäische Zertifizierungssystem für militärische Lufttüchtigkeit. Es ist uns jedoch unklar, warum sich die Kommission ausschließlich auf „Hybridnormen für Produkte, die sowohl im militärischen als auch im zivilen Bereich Anwendung finden können“, konzentriert, obwohl es bereits Instrumente wie das „European Defence Standardisation Reference System“ gibt.

International Trade Union House (ITUH) - Boulevard du Roi Albert II 5 (bte 10) - B-1210 Brussels
Tel: +32 (0)2/226 00 50 info@industrial-all-europe.eu www.industrial-all-europe.eu

IndustriAll Europe fordert die Kommission und die EDA auf, den vorgeschlagenen Mechanismus zur Entwicklung von Normen auszuarbeiten.

Energiepolitik ist ein wichtiger Teil der Industriepolitik. Investitionen für umweltschonendere Produktionsprozesse, die zugleich bessere Arbeitsbedingungen schaffen, sind eine politische Anforderung von industriAll Europe. Daher fordern wir politisch Verantwortliche und Industrie auf, innovative und emissionsarme Technologien im Verteidigungssektor und bei den Streitkräften zu unterstützen. Während die Kommission nur auf einen „speziellen Konsultationsmechanismus mit Verteidigungsexperten aus den Mitgliedstaaten“ abzielt, fordert industriAll Europe die Einbeziehung der Industrie und der Gewerkschaften, um eine starke Allianz für dieses Ziel zu bilden.

KMU spielen eine entscheidende Rolle in der Wertschöpfungskette. IndustriAll Europe begrüßt neue Möglichkeiten für KMU, am europäischen Verteidigungs- und Sicherheitsmarkt teilzunehmen. Wir bitten die Kommission jedoch um vertiefende Erklärung, was unter einer „Europäischen strategischen Cluster-Partnerschaft zur Förderung neuer Wertschöpfungsketten und zur Unterstützung von in der Verteidigungsbranche tätigen KMU im globalen Wettbewerb“ zu verstehen ist. Die Gewerkschaften betonen, dass die Spezialisierung und die Schaffung von Clustern Auswirkungen auf Industrie und Beschäftigung haben. Daher ist diese Thematik nicht nur für die Industrie, sondern auch für die Beschäftigten und ihre Vertretungen besonders wichtig. Beiden müssen einbezogen werden. Als Grundlage für Gespräche sollte die Kommission ihren Vorschlag näher ausarbeiten. Gleichmaßen darf die Diskussion über die Entwicklung eines „europäischen Netzwerkes von im Verteidigungssektor engagierten Regionen“ nicht nur die Mitgliedsstaaten einbeziehen, sondern auch die Gewerkschaften.

Das Know-how der Beschäftigten ist für die Verteidigungs- und Sicherheitsindustrie unerlässlich. Unternehmen müssen dafür sorgen, dass junge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eingestellt und ältere weitergebildet werden, um ein hohes Niveau bei Fähigkeiten und Know-how sicherzustellen. Auf europäischer Ebene sollte ein Prozess eingeführt werden, um die künftigen Kompetenzbedarfe zu antizipieren. IndustriAll Europe würde die Einrichtung eines „European Sector Skills Council for Defence“ oder einer ähnlichen Initiative begrüßen.

Darüber hinaus muss der strukturelle Wandel gestaltet werden, um den Beschäftigten eine langfristige Perspektive darzulegen, inklusive Beschäftigungsalternativen. Dies erfordert Industriepolitiken in der Europäischen Union und in ihren Mitgliedsstaaten, die auch Diversifizierungs- und

Konversionsstrategien umfassen. Wo notwendig müssen Programme auf den Weg gebracht werden, um in den Regionen hochwertige Beschäftigung zu schaffen und industrielle Kernfähigkeiten zu erhalten. IndustriAll Europe fordert die Kommission auf, zu untersuchen, ob und wie der europäische Strukturfonds oder der Europäische Fonds für die Anpassung an die Globalisierung zum Erreichen dieser Ziele beitragen können. **Wir stimmen der Aussage der Kommission nicht zu, dass Umstrukturierungsprozesse vor allem die Verantwortung der Industrie mit einer ergänzenden Rolle für die Kommission und politisch Verantwortlichen der Mitgliedsstaaten sind. Angesichts der Besonderheit dieses politischen Sektors ist die sozial verantwortungsvolle Bewältigung des industriellen Wandels gemeinsame Aufgabe für Industrie und Regierungen sowie für Beschäftigte und ihre Vertretungen.**

Die Gewerkschaften fordern wachsende Investitionen in Forschung, Technologie und neue Kooperationsprogramme, um Kernkompetenzen und geistige Eigentumsrechte in der gesamten Wertschöpfungskette und darüber hinaus für zivile Sektoren wie Transport, Energie und Umwelt zu erhalten. Daher begrüßt industriAll Europe die Erschließung von Dual-Use-Potenzialen von Forschung und verstärkter Innovation. Es ist wichtig, das wachsende Potenzial an Synergien zwischen ziviler und militärischer Forschung beziehungsweise zivilen und Verteidigungsaktivitäten – in Luft- und Raumfahrttechnologien, -infrastrukturen und -dienstleistungen – zu nutzen.

Jedoch sind die Intentionen der Kommission nicht selbsterklärend, insbesondere in Verbindung mit der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP). IndustriAll Europe fordert die Kommission daher auf, ihre Pläne für ein „vorkommerzielles Vergabeprogramm für Prototypen“ und für eine „vorbereitende Maßnahme für Forschung im GSVP-Kontext“ näher auszuführen.

Vor allem sollte dafür gesorgt werden, dass Forschung, Entwicklung, Produktion und Wartung in EU-Mitgliedsstaaten stattfinden, wobei auch ein fairer Return on Investment berücksichtigt werden muss. Diversifizierung und neue Verwendungszwecke von Produkten sollten in Zusammenarbeit mit zivilen Sektoren gefördert werden.

Das betrifft auch das Ziel der Kommission, eine hochauflösende EU-Satellitenfähigkeit aufzubauen. Einige Mitgliedsstaaten betreiben bereits hochauflösende Systeme für Verteidigungs-, Handels- oder Aufklärungszwecke und haben begonnen, neue Technologien zu erforschen und zu entwickeln. IndustriAll Europe fordert die Kommission daher auf, ihren Plan zur Entwicklung neuer

Fähigkeiten der EU in der Bildgebung zur Unterstützung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und von GSVP-Missionen und -Operationen näher zu beschreiben. Darüber hinaus sollte die Kommission Vorschläge vorlegen, wie Mitgliedsstaaten, EU und NATO die Zusammenarbeit bei aktuellen Fähigkeiten und geplanten Entwicklungen intensivieren könnten.

IndustriAll Europe begrüßt die bessere Harmonisierung der Exportgenehmigungen in Übereinstimmung mit dem gemeinsamen Standpunkt der EU zu Waffenexporten aus dem Jahr 2008 und dem weltweiten Waffenhandelsvertrag (Arms Trade Treaty), der am 2. April 2013 durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen angenommen wurde. Die Gewerkschaften unterstützen auch ein langfristiges EU-Konzept für strategische Exportkontrollen von Dual-Use- und die ständige Anpassung von Exportkontrollen an die sich fortwährend wandelnden technologischen, wirtschaftlichen und politischen Bedingungen.

Aber trotz des starken Drucks auf die Industrie, nicht zuletzt aufgrund der schrumpfenden Verteidigungshaushalte in Europa, ist es verantwortungslos, Exportmöglichkeiten über Menschenrechte zu stellen.

Wir wiederholen, dass sich die Verteidigungs- und Sicherheitsindustrie von anderen Sektoren der Wirtschaft unterscheidet. Das ist schon aufgrund der Produkte offensichtlich. Politik spielt eine entscheidende Rolle und das ist gut und richtig. Die entscheidende Rolle der Politik bedingt aber auch ihre besondere Verantwortung für die Beschäftigten. Die Gewerkschaften fordern daher die Mitgliedsstaaten und die Europäische Union auf, Diversifizierungs- und Konversionsprojekte zu fördern, um den Beschäftigten zusätzliche Perspektiven zu eröffnen. Diese Projekte müssen realistische Entwicklungswege aus heutiger Sicht aufzeigen, in Übereinstimmung mit den Fähigkeiten der Arbeitskräfte.

III Zum Abschluss

Die Gewerkschaften betonen, dass die aktuelle Situation des Verteidigungs- und Sicherheitssektors nicht als Vorwand genutzt werden darf, um Arbeitnehmerrechte einzuschränken und Umstrukturierungen mit massivem Arbeitsplatzabbau sowie umfassende Verlagerungen von Produktion und F&E-Aktivitäten in Niedriglohnländer durchzuführen.

IndustriAll Europe verlangt eine umfassendere Debatte über notwendige kurz-, mittel- und langfristige industriepolitische Strategien, die auch den Beschäftigten im Verteidigungs- und Sicherheitssektor zugutekommen.

- Nach Ansicht der Gewerkschaften sind Beschäftigungsniveau, die geografische Lokalisierung von Arbeitsplätzen und deren Qualität Schlüsselemente. Aufgrund des einzigartigen Profils des Verteidigungs- und Sicherheitssektors betonen die Gewerkschaften die Verantwortung der politisch Verantwortlichen, Arbeitsplätze, Standorte und Lieferkette zu erhalten. Die gesamte Bandbreite der industriellen Fähigkeiten entlang der ganzen Wertschöpfungskette muss in der Europäischen Union geliefert werden. Dies sichert auch die strategische Unabhängigkeit der Europäischen Union und ihrer Mitgliedsstaaten bezüglich der Verfügbarkeit aller notwendigen Verteidigungsgüter.
- Die Gewerkschaften sind der Meinung, dass dies in der EU die Beschaffung von Verteidigungsgütern erfordert, die in Europa entwickelt, produziert und gewartet werden. So kann sich auch eine starke industrielle und technologische Basis im Bereich Verteidigung entwickeln, die die Sicherheit und Verteidigung der EU und der Mitgliedsstaaten unterstützt. In diesem Zusammenhang ist eine Debatte über die Kernfähigkeiten Europas notwendig. Diese Debatte sollte auch die Frage umfassen, wo Verteidigungsgüter produziert werden, solange Sorge dafür getragen wird, dass Forschung, Entwicklung und Produktion in Europa stattfinden.
- Nach Ansicht der Gewerkschaften erfordert dies industriepolitische Strategien in der Europäischen Union und in den EU-Mitgliedsstaaten, einschließlich Diversifizierungs- und Konversionsstrategien. Trotz sinkender Verteidigungshaushalte wäre es falsch, auf Strategien zu setzen, die ausschließlich auf Exporte abzielen. Für Beschäftigte müssen alternative Perspektiven entwickelt werden.
- Die Diskussion über die notwendigen politischen und industriellen Strategien für den Verteidigungs- und Sicherheitssektor muss die Beschäftigten und ihre Vertreter auf allen Ebenen von Industriepolitik und Sozialdialog (auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene) einbeziehen.

industriAll 35/2013

**Position of industriAll Europe
on the Situation and Development of the European Defence and
Security Sector**

(Document adopted by the 3rd Meeting of the industriAll Europe Executive Committee

Luxembourg, 26-27 November 2013)

Executive summary

Secure, sustainable jobs and sites in European Union Member States, decent working conditions, the highest level of social welfare and wages as well as workers' rights are core objectives of industriAll European Trade Union. These concerns guide trade unions' positions.

The defence and security industry is not like other economic sectors. Politics plays a crucial role, which is only right and proper, and the crucial role of politics means that policymakers also have a special responsibility towards the workers.

The trade unions affiliated to industriAll Europe welcome the recent attention given by policymakers to the situation and development of the European defence and security sector. The European Commission's Communication "Towards a more competitive and efficient defence and security sector" provides clear evidence for this. We also welcome the fact that the European Council will focus on the sector at its meeting in December 2013. The year 2013 could possibly be a pivotal one for the European defence and security sector.

The Communication of the European Commission addresses important subjects which should be elaborated upon over the forthcoming months.

- Developing a defence industrial base capable of ensuring the EU's and Member States' security requires spending on equipment which is developed, produced and maintained in EU Member States. IndustriAll Europe is in favour of increased cooperation and a focused European industrial policy. Standardisation and certification are important basics for cooperation, as are conditions for equal competition in the EU.
- Small and medium-sized enterprises (SMEs) play a crucial role in the value chain. IndustriAll Europe supports the view that SMEs should be given greater

opportunities to participate in the European market. However, there is a need for clarification regarding the proposed 'European Strategic Cluster Partnership designed to support the emergence of new value chains'.

- Employees with a high level of skills are vital for Europe's defence and security industry. IndustriAll Europe would welcome the setting up of a European Sector Skills Council for Defence to anticipate skills needs.
- But any industrial change must be anticipated, in order to outline the longer term vision of the consequences for employment. This requires industrial policies in the European Union and Member States that also include diversification and conversion strategies.
- Trade unions call for increased investment in research, technology and new cooperation programmes to secure core skills throughout the value chain and, furthermore, for civil sectors. IndustriAll Europe welcomes the exploitation of the dual-use potential of research and reinforcing innovation.
- IndustriAll Europe welcomes greater harmonisation of export authorisation in accordance with the EU Common Position on Arms Exports of 2008 and with the Arms Trade Treaty of 2013. Trade unions also support a long-term vision for EU strategic dual-use export controls.
- IndustriAll Europe considers it irresponsible to put export opportunities before human rights.

Workers' skills are the foundation of industry. Nevertheless, secure jobs and sites, decent working conditions and workers' rights are seemingly NOT core objectives of the European Union, its Member States and industry.

IndustriAll Europe therefore demands that the long overdue discussion regarding strategies for the defence and security sector involve employees and their representatives. We strongly regret that the Communication of the Commission fails to recognise this necessity.

I Trade Unions' Point of View

Since the mid-90s, the defence and security sector in Europe has undergone profound changes in the form of consolidation and concentration processes. The trade unions affiliated to industriAll Europe acknowledge that pressures for change persist, not least as a result of decreasing defence budgets. At the same time, the absence of a European defence equipment market and the absence of a genuine security and defence policy, as well as a common foreign policy, must be stressed.

IndustriAll Europe therefore welcomes the opportunity for a much-needed debate on the future of the European defence and security sector, following the publication of the European Commission's Communication "Towards a more competitive and efficient defence and security sector" and in view of the European Council's intention to focus on the sector at its meeting on December 19th and 20th, 2013. It seems that there is a new dynamic and push for more cooperation and if this leads to some concrete outcomes, the year 2013 could be a pivotal point for the European defence and security sector.

A study¹ produced for industriAll Europe in 2012 illustrates the situation of the European land armament sector. As a result of this study, the trade unions drew the following conclusion, approved by the Executive Committee of industriAll Europe on November 27th, 2012.

"A greater cooperation of EU Member States on Security and Defence Policy, linked to a strong European industrial policy for the defence sector is required. Trade unions support growing cooperation based on a common political and industrial strategy.

It is the role of EU Member States and the European authorities to drive industrial policy in Europe, to direct and control public spending and to minimize the social consequences of restructuring processes. National governments and the EU should have an active role in the development of industrial policies for the defence sector including diversification and conversion strategies."

We reiterate that governments bear political responsibility for the sector because of the specific nature of defence goods production. Governments and industry must therefore ensure that any industrial change is anticipated. Workers need a longer term vision of employment prospects including, for example, employment alternatives through industrial diversification and conversion projects.

Trade unions support growing cooperation, but underline that this must be based on a common political and industrial strategy which lays down European defence capabilities and needs. In this context, Member States, the European Council, the European Defence Agency and the European Commission all have roles to play.

Workers' skills, know-how and expert knowledge represent the foundation of the defence and security industry and are the basis for its success. Nevertheless, secure jobs and sites, decent working conditions and workers' rights are seemingly NOT

¹ "Study on the Perspectives of the European Land armament sector", industriAll Europe, October 2012.

core objectives of the European Union, its Member States and industry. Unfortunately, the European Commission's Communication is NO exception.

IndustriAll Europe therefore calls on the Member States and the European authorities to ensure that the discussion regarding the necessary political and industrial strategies for the defence and security sector involve workers and their representatives at all levels of industrial policy and social dialogue (regional, national and European levels).

It is for this reason that industriAll Europe calls on the European Commission, the Aerospace and Defence Industries' Association (ASD) and the European Defence Agency (EDA) to strengthen the 'defence partnership' they set up in 2008 with the trade unions. A dialogue on industrial policy involving all of these stakeholders of the 'defence partnership', as well as EU Member States and the European Council, would be a necessary step towards addressing the weakness of today's policies for the defence and security sector. Transparency and openness amongst all stakeholders are essential in terms of developing a sustainable European defence and security sector; secrecy would fail our democratic principles.

II European Commission's Communication

The Communication of the European Commission addresses important subjects which should be elaborated upon and fleshed out over the coming months.

Developing a strong industrial and technological defence base capable of ensuring the EU and Member States' security requires spending on equipment which is developed, produced and maintained in the EU Member States. IndustriAll Europe supports equal competition conditions in the European Union and therefore welcomes regular assessments of how the new rules of the Defence and Security Procurement Directive 2009/81 are applied. The limits of certain derogations should be clarified in consultation with Member States. In addition, there must be an assurance that all necessary conditions are fulfilled when Member States invoke Article 346 of the Treaty on the Functioning of the European Union in order to avoid applying the Directive.

Europe must be capable of delivering the whole range of industrial capacities along the entire value chain including small and medium-sized enterprises (SMEs). Therefore industriAll Europe supports plans to launch a consultative process by the Commission and the EDA, aimed at ensuring Member States' commitment to mutually assure the agreed supply chain.

IndustriAll Europe believes that the European Commission should control mergers and acquisitions in the field of defence, in the absence of a reaction at Member State level (principle of subsidiarity). This control should be activated each time a firm active in the field of defence could become controlled by a group whose strategic decisions are taken outside the European Union.

IndustriAll Europe is in favour of increased cooperation and a focused European industrial policy. Standardisation and certification are important basics for cooperation. In this context, trade unions support the proposed European certification system for military airworthiness. We are, however, unclear as to why the Commission focuses exclusively on 'Hybrid Standards, for products which can have both military and civilian applications', when tools such as EDA's 'European Defence Standardisation Reference System' already exist. IndustriAll Europe asks the Commission and the EDA to devise the suggested mechanism to develop standards.

Energy policy is an important part of industrial policy. Investments aiming at more environmentally-friendly production processes whilst simultaneously generating better working conditions are a political demand of IndustriAll Europe. We therefore call on authorities and industry to support innovative and low-carbon energy technologies in the defence sector and the armed forces. While the Commission is merely aiming towards a 'specific consultation mechanism with Member States experts', IndustriAll Europe is calling for the involvement of industry and trade unions to create a powerful alliance that will support this goal.

SMEs play a crucial role in the value chain. IndustriAll Europe welcomes new opportunities for SMEs to participate in the European defence and security market. However, we request clarification from the Commission as to what is meant by a 'European Strategic Cluster Partnership designed to support the emergence of new value chains and to support defence-related SMEs in global competition'. Trade unions stress that specialization and development of clusters will have industrial and employment-related impacts and are therefore an issue, not only for industry, but crucially also for workers and their representatives. Both of the latter must be involved in this. As a basis for discussion, the Commission should develop its proposal further. Equally, the discussion pertaining to the development of a 'European network of defence-related regions' must involve not only Member States but also trade unions.

Workers' know-how is vital for the defence and security industry. Companies must ensure that young workers are hired and older workers are trained in order to maintain a high level of skills and know-how. A process of anticipating skills needs

should be put in place at European level. IndustriAll Europe would welcome the setting up of a European Sector Skills Council for Defence or a similar skills initiative.

In addition, any industrial change must be anticipated, in order to outline the longer term vision of the employment-related consequences for workers, including employment alternatives. This requires industrial policies in the European Union and its Member States that also include diversification and conversion strategies. Where necessary, programmes must be put in place to help generate high value-added activity and maintain key industrial skills in the regions. IndustriAll Europe asks the Commission to elaborate upon how the use of the European structural funds or the European Globalisation Adjustment Fund would maintain these goals. **We disagree with the Commission's statement that restructuring processes are mainly the responsibility of industry with a complementary role for the Commission and national public authorities. Given the specific nature of this political sector, managing industrial change in a socially responsible manner is a joint task for industry and governments, as well as workers and their representatives.**

Trade unions call for increased investment in research, technology and new cooperation programmes to secure core skills and Intellectual Property rights throughout the value chain and, furthermore, for civil sectors like transport, energy and environment. Therefore industriAll Europe welcomes to exploit dual-use potential of research and reinforcing innovation. It is important to take advantage of the growing potential for synergies between civil and military research - respectively civilian and defence activities - in space technologies, space infrastructures and space services.

However the Commission's stated intentions are not self-explanatory, most notably with regard to Common Security and Defence Policy (CSDP). IndustriAll Europe therefore asks the Commission to specify its plans for a 'pre-commercial procurement scheme to procure prototypes' and for a 'Preparatory Action for CSDP Research'.

Above all, there needs to be assurance that research, development, production and maintenance will take place in EC Member States, with due consideration given to a fair return on investment. Diversification and additional uses of tools and equipment should be promoted in cooperation with stakeholders in civil sectors.

This also applies to the Commission's goal to build an EU satellite high resolution capability. Some Member States already run high resolution systems for defence, commerce or intelligence reasons and have started to explore and to develop new technologies. IndustriAll Europe therefore asks the Commission to advance its plan

to develop new EU imaging capabilities to support Common Foreign and Security Policy (CFSP) and CSDP missions and operations. Moreover, the Commission should make proposals as to how Member States, the EU and NATO could strengthen collaboration on contemporary capabilities and planned developments.

IndustriAll Europe welcomes the increasing harmonisation of export authorisation in accordance with the EU Common Position on Arms Exports of 2008 and in accordance with the Arms Trade Treaty adopted on April 2nd, 2013 by the General Assembly of the United Nations Organisation. Trade unions also support a long-term vision for EU strategic dual-use export controls and an adaption of export controls in line with the rapidly changing technological, economic and political conditions.

But in spite of high pressures on industry, not least owing to the shrinking defence budgets in Europe, trade unions consider it as irresponsible to put export opportunities before human rights.

We repeat that the defence and security industry is not like other sectors of the economy. That is obvious in view of the products. Politics plays a crucial role and that is only right and proper. The crucial role of politics means that it also has a special responsibility towards the employees. Trade unions therefore call on Member States and the European Union to promote diversification and conversion projects, in order to open up additional prospects for the employees. Projects are required to map out realistic development paths from today's perspective, in accordance with the abilities of the workforce.

III To Conclude

Trade unions insist that the current situation of the defence and security sector should not be used as a pretext for eroding workers' rights and restructuring, leading to massive job cuts and large-scale relocation of production and R&D activities to low-cost countries, maintaining only high added-value activities in Europe.

IndustriAll Europe demands a wider debate regarding necessary short, medium and long-term industrial policy strategies that will also benefit workers in the defence and security sector.

- In the trade unions' view, key elements are employment levels, the geographical location of jobs and their quality. Due to the unique profile of the defence and security sector, trade unions emphasise the responsibility of public authorities to secure jobs, sites and supply chain. The entire range of industrial capacities along the entire value chain must be delivered within the European Union. This will

ensure the strategic independence of the European Union and its Member States regarding the availability of all necessary defence goods.

- Trade unions are of the opinion that this requires spending on defence equipment which is developed, produced and maintained in Europe, developing a strong industrial and technological defence base which is capable of ensuring the EU and Member States' security and defence. In this context, a debate on Europe's core defence capabilities is needed. This debate should also address where defence goods are produced, but there must be an assurance that research, development and production takes place in Europe.
- In the trade unions' view, this requires industrial policy strategies in the European Union and Member States, including diversification and conversion strategies. As regards decreasing defence budgets, it would be a mistake to employ strategies that focus exclusively on exports. Alternative prospects for employees must be developed.
- The discussion regarding the necessary political and industrial strategies for the defence and security sector must involve workers and their representatives at all levels of industrial policy and social dialogue (regional, national and European levels).

industriAll 35/2013

**Position d'industriAll Europe
sur la situation et l'évolution du secteur européen de la défense et de
la sécurité**

(Document adopté par la 3^{ème} réunion du Comité exécutif d'industriAll Europe

Luxembourg, les 26 et 27 novembre 2013)

Résumé analytique

Des emplois et des sites sûrs et durables dans les Etats membres de l'Union européenne, des conditions de travail décentes, le niveau le plus élevé de bien-être social et de salaires ainsi que les droits des travailleurs, tels sont les objectifs clés d'industriAll European Trade Union. Ces préoccupations guident les prises de positions syndicales.

L'industrie de la défense et de la sécurité ne ressemble pas aux autres secteurs économiques. La politique joue un rôle essentiel et ce n'est que normal. En outre, le rôle essentiel de la politique signifie que les décideurs ont aussi une responsabilité particulière vis-à-vis des travailleurs.

Les syndicats affiliés à industriAll Europe accueillent avec satisfaction la récente attention accordée par les décideurs politiques à la situation et à l'évolution du secteur européen de la défense et de la sécurité. La Communication de la Commission européenne « Vers un secteur de la défense et de la sécurité plus compétitif et plus efficace » le démontre clairement. Nous constatons également avec satisfaction que le Conseil européen mettra l'accent sur le secteur lors de sa réunion de décembre 2013. L'année 2013 pourrait être capitale pour le secteur européen de la défense et de la sécurité.

La Communication de la Commission européenne traite de sujets importants qui devraient être exposés de manière plus détaillée au cours des mois à venir.

- L'élaboration d'une base industrielle de défense, capable d'assurer la sécurité de l'UE et des Etats membres requiert des dépenses en matière de développement, de production et de maintien des équipements dans les Etats membres de l'UE. IndustriAll Europe est favorable à une coopération renforcée et à une politique

industrielle européenne ciblée. La normalisation et la certification sont des principes de base importants pour la coopération, tout comme l'égalité des conditions de concurrence dans l'UE.

- Les petites et moyennes entreprises (PME) jouent un rôle essentiel dans la chaîne de valeur. IndustriAll Europe estime que les PME devraient avoir davantage de possibilités de participer au marché européen. Il convient toutefois de clarifier la proposition de « partenariat stratégique de clusters européens destiné à soutenir l'émergence de nouvelles chaînes de valeur ».
- Les salariés ayant un niveau élevé de compétences sont essentiels pour l'industrie européenne de la défense et de la sécurité. IndustriAll Europe accueillerait avec satisfaction la création d'un Conseil sectoriel européen des compétences pour la défense afin d'anticiper les besoins de compétences.
- Mais tout changement industriel doit être anticipé afin d'avoir une vision à long terme des conséquences sur l'emploi. Une telle situation requiert des politiques industrielles dans l'Union européenne et les Etats membres, qui incluent aussi des stratégies de diversification et de conversion.
- Les syndicats réclament des investissements accrus dans la recherche, la technologie et les nouveaux programmes de coopération, afin de sécuriser les compétences essentielles dans toute la chaîne de valeur, et pour les secteurs civils. IndustriAll Europe accueille avec satisfaction l'exploitation du double usage potentiel de la recherche et le renforcement de l'innovation.
- IndustriAll Europe accueille avec satisfaction l'harmonisation de l'autorisation d'exportation conformément à la position commune de 2008 de l'UE sur les exportations d'armes, et au Traité de 2013 sur le commerce des armes. Les syndicats sont également favorables à une vision à long terme en ce qui concerne les contrôles par l'UE des exportations stratégiques à double usage.
- IndustriAll Europe considère irresponsable de faire passer les possibilités d'exportation avant les droits de l'homme.

Les compétences des travailleurs sont le fondement de l'industrie. Or, des emplois et des sites sûrs, des conditions de travail décentes et les droits des travailleurs ne sont apparemment PAS des objectifs clés de l'Union européenne, des Etats membres et de l'industrie.

IndustriAll Europe demande donc que la discussion tant attendue concernant les stratégies relatives au secteur de la défense et de la sécurité implique les salariés et leurs représentants. Nous regrettons vivement que la Communication de la Commission ne reconnaisse pas cette nécessité.

I Point de vue des syndicats

Depuis le milieu des années 90, le secteur de la défense et de la sécurité en Europe a connu de profonds changements sous la forme de processus de consolidation et de concentration. Les syndicats affiliés à industriAll Europe reconnaissent que les pressions en faveur du changement persistent, notamment en raison de la baisse des budgets de défense. En outre, il faut souligner l'absence de marché européen des équipements de défense et d'une vraie politique de sécurité et de défense ainsi que d'une politique étrangère commune.

IndustriAll Europe accueille par conséquent avec satisfaction la possibilité d'ouvrir un débat, grandement nécessaire, sur l'avenir du secteur européen de la défense et de la sécurité à la suite de la publication de la Communication de la Commission européenne « Vers un secteur de la défense et de la sécurité plus compétitif et plus efficace » et compte tenu de l'intention du Conseil européen de mettre l'accent sur le secteur lors de sa réunion des 19 et 20 décembre 2013. Il semble qu'il existe une nouvelle dynamique et une incitation à plus de coopération, et si cela conduit à des résultats concrets, l'année 2013 pourrait être un tournant pour le secteur européen de la défense et de la sécurité.

Une étude¹, menée en 2012 pour industriAll Europe, illustre la situation du secteur européen de l'armement terrestre. Suite à cette étude, les syndicats ont tiré la conclusion suivante, approuvée par le Comité exécutif d'industriAll Europe, le 27 novembre 2012.

« Il faut une plus grande coopération des Etats membres de l'UE sur la Politique de sécurité et de défense, associée à une politique industrielle européenne forte pour le secteur de la défense. Les syndicats sont favorables à une coopération accrue, basée sur une stratégie politique et industrielle commune. »

Le rôle des Etats membres de l'UE et des autorités européennes consiste à conduire la politique industrielle en Europe, à diriger et contrôler les dépenses publiques et à minimiser les conséquences sociales des processus de restructuration. Les gouvernements nationaux et l'UE devraient jouer un rôle actif dans l'élaboration de politiques industrielles pour le secteur de la défense, y compris des stratégies de diversification et de conversion. »

¹ « Etudes des perspectives du secteur européen de l'armement terrestre », industriAll Europe, octobre 2012.

Nous répétons que les gouvernements sont responsables du secteur sur un plan politique, en raison de la nature spécifique de la production d'équipements de défense. Les gouvernements et l'industrie doivent donc s'assurer qu'une éventuelle modification industrielle sera anticipée. Les travailleurs ont besoin d'une vision à long terme des perspectives d'emplois, y compris, par exemple, des solutions alternatives en matière d'emploi par le biais de la diversification industrielle et les projets de reconversion.

Les syndicats sont favorables à une coopération accrue mais soulignent qu'elle doit être basée sur une stratégie politique et industrielle commune établissant les capacités et les besoins de défense de l'Europe. Les Etats membres, le Conseil européen, l'Agence européenne de défense et la Commission européenne ont un rôle à jouer dans ce contexte.

Les compétences, le savoir-faire et l'expertise des travailleurs constituent le fondement de l'industrie de la défense et de la sécurité et sont à la base de son succès. Néanmoins, les emplois et les sites sûrs, les conditions de travail décentes et les droits des travailleurs ne sont apparemment PAS les objectifs clés de l'Union européenne, des Etats membres et de l'industrie. Malheureusement, la Communication de la Commission européenne n'y fait PAS exception.

IndustriAll Europe appelle dès lors les Etats membres et les autorités européennes à s'assurer que la discussion concernant les stratégies politiques et industrielles requises pour le secteur de la défense et de la sécurité implique les travailleurs et leurs représentants à tous les niveaux de la politique industrielle et du dialogue social (niveaux régional, national et européen).

C'est la raison pour laquelle industriAll Europe appelle la Commission européenne, l'Association des industries aérospatiale et de défense (ASD) et l'Agence européenne de Défense (AED) à renforcer le « partenariat de défense » qu'elles ont mis en place en 2008 avec les syndicats. Un dialogue sur la politique industrielle, impliquant tous les acteurs du « partenariat de défense » mais aussi les Etats membres de l'UE et le Conseil européen, constituerait une étape nécessaire pour faire face à la faiblesse des politiques actuelles pour le secteur de la défense et de la sécurité. La transparence et l'ouverture de tous les acteurs sont essentielles pour mettre en place un secteur européen durable de la défense et de la sécurité; le secret affaiblirait nos principes démocratiques.

II Communication de la Commission européenne

La Communication de la Commission européenne traite de sujets importants qui devraient être précisés et concrétisés au cours des mois à venir.

L'élaboration d'une forte base industrielle et technologique de défense, capable d'assurer la sécurité de l'UE et des Etats membres, requiert des dépenses en matière de développement, de production et de maintien des équipements dans les Etats membres de l'UE. IndustriAll Europe est favorable à des conditions de concurrence égales dans l'Union européenne et accueille donc avec satisfaction des évaluations régulières sur la manière dont les nouvelles règles de la directive 2009/81 relative à la passation de marchés dans les domaines de la défense et de la sécurité sont appliquées. Les limites de certaines dérogations devraient être clarifiées en consultation avec les Etats membres. En outre, il faut s'assurer que toutes les conditions requises sont remplies lorsque les Etats membres invoquent l'article 346 du Traité sur le fonctionnement de l'Union européenne afin d'éviter l'application de la directive.

L'Europe doit être capable de fournir tout l'éventail des capacités industrielles tout au long de la chaîne de valeur, y compris les petites et moyennes entreprises (PME). C'est la raison pour laquelle IndustriAll Europe soutient les plans visant à lancer un processus consultatif par la Commission et l'AED afin de garantir la participation des Etats membres en vue d'assurer mutuellement la chaîne d'approvisionnement convenue.

Selon IndustriAll Europe, la Commission européenne doit contrôler les fusions et acquisitions dans le domaine de la défense, en l'absence d'une réaction au niveau des Etats membres (principe de subsidiarité). Ce contrôle devrait être activé chaque fois qu'une entreprise active dans le domaine de la défense pourrait passer sous le contrôle d'un groupe dont les décisions stratégiques sont prises en dehors de l'Union européenne.

IndustriAll Europe est favorable à une coopération renforcée et à une politique industrielle européenne ciblée. La normalisation et la certification sont des fondements importants de la coopération. Dans ce contexte, les syndicats soutiennent le système de certification européen proposé pour la navigabilité militaire. Nous nous demandons cependant pourquoi la Commission met exclusivement l'accent sur les « Normes hybrides, pour des produits qui peuvent avoir des applications militaires et civiles », alors que des outils tels que le « European Defence Standardisation Reference System » de l'AED existent déjà. IndustriAll Europe demande à la Commission et à l'AED d'élaborer le mécanisme proposé afin d'élaborer des normes.

La politique énergétique est une composante importante de la politique industrielle. Les investissements visant des processus de production plus respectueux de l'environnement tout en générant de meilleures conditions de travail, sont une demande politique d'industriAll Europe. Nous appelons, par conséquent, les autorités et l'industrie à soutenir les technologies énergétiques innovantes et à faible intensité de carbone dans le secteur de la défense et les forces armées. Alors que la Commission recherche simplement un « mécanisme de consultation spécifique avec des experts des Etats membres », industriAll Europe réclame la participation de l'industrie et des syndicats, afin de créer une alliance plus puissante soutenant cet objectif.

Les PME jouent un rôle essentiel dans la chaîne de valeur. IndustriAll Europe se félicite des nouvelles possibilités offertes aux PME de participer au marché européen de la défense et de la sécurité. Cependant, nous demandons à la Commission de préciser ce qu'elle entend par « partenariat stratégique de clusters européens destiné à soutenir l'émergence de nouvelles chaînes de valeur et à répondre aux problèmes rencontrés par les PME du secteur de la défense face à la concurrence mondiale ». Les syndicats soulignent que la spécialisation et le développement de clusters auront des impacts industriels et des impacts sur l'emploi, et sont donc un problème non seulement pour l'industrie mais surtout aussi pour les travailleurs et leurs représentants. Tous deux doivent être impliqués. En tant que base de discussion, la Commission devrait développer sa proposition. De même, la discussion concernant la mise en place d'un « réseau européen de régions liées à la défense » doit impliquer non seulement les Etats membres mais aussi les syndicats.

Le savoir-faire des travailleurs est essentiel pour l'industrie de la défense et de la sécurité. Les entreprises doivent s'assurer que de jeunes travailleurs sont embauchés et que les travailleurs plus âgés sont formés afin de conserver un niveau élevé de compétences et de savoir-faire. Un processus d'anticipation des besoins de compétences devrait être mis en place au plan européen. IndustriAll Europe accueillerait avec satisfaction la création d'un Conseil sectoriel européen des compétences pour la défense ou une initiative similaire sur les compétences.

En outre, tout changement industriel doit être anticipé afin d'avoir une vision à long terme des conséquences liées à l'emploi pour les travailleurs, y compris des alternatives d'emplois. Les politiques industrielles de l'Union européenne et des Etats membres doivent donc aussi inclure des stratégies de diversification et de conversion. Le cas échéant, il faut mettre en place des programmes destinés à générer une activité à valeur ajoutée et à maintenir les compétences industrielles clés dans les régions. IndustriAll Europe demande à la Commission de préciser

comment l'utilisation des fonds structurels européens ou le Fonds européen d'ajustement à la mondialisation permettrait d'atteindre ces objectifs. **Nous ne sommes pas d'accord avec la déclaration de la Commission selon laquelle les processus de restructuration sont essentiellement la responsabilité de l'industrie avec un rôle complémentaire pour la Commission et les pouvoirs publics nationaux. Compte tenu de la nature spécifique de ce secteur politique, la gestion socialement responsable du changement industriel est une tâche conjointe de l'industrie, des gouvernements et des travailleurs et de leurs représentants.**

Les syndicats réclament plus d'investissements dans la recherche, la technologie et de nouveaux programmes de coopération afin de garantir les principales compétences et les droits de propriété intellectuelle à travers toute la chaîne de valeur ainsi que pour des secteurs civils tels que le transport, l'énergie et l'environnement. IndustriAll Europe accueille dès lors avec satisfaction l'exploitation du potentiel de recherche à double usage et le renforcement de l'innovation. Il est important de profiter du potentiel croissant concernant les synergies entre la recherche civile et militaire, respectivement les activités civiles et de défense dans les technologies spatiales, les infrastructures spatiales et les services spatiaux.

Les intentions déclarées de la Commission ne sont cependant pas explicites, notamment en ce qui concerne la Politique de sécurité et de défense commune (PSDC). IndustriAll Europe demande donc à la Commission de préciser ses plans concernant un «système d'achats publics avant commercialisation pour l'acquisition de prototypes » et une « action préparatoire pour des travaux de recherche liés à la PSDC ».

Il faut avant tout s'assurer que la recherche, le développement, la production et l'entretien se déroulent dans des Etats membres de la CE, en ayant aussi à l'esprit un bon retour sur investissement. La diversification et les utilisations additionnelles des outils et des équipements devraient être encouragés en coopération avec les acteurs des secteurs civils.

Cela s'applique aussi à l'objectif de Commission visant à édifier une capacité satellitaire européenne à haute résolution. Certains Etats membres gèrent déjà des systèmes de défense à haute résolution pour des raisons de défense, de commerce ou de renseignement et ont commencé à examiner et développer de nouvelles technologies. IndustriAll Europe demande donc à la Commission d'élaborer un plan de développement de nouvelles capacités d'imagerie de l'UE afin de soutenir la Politique étrangère et de sécurité commune (PESC) et les missions et opérations de PSDC. De plus, la Commission devrait formuler des propositions concernant la

manière dont les Etats membres, l'UE et l'OTAN pourraient renforcer la collaboration sur les capacités contemporaines et les développements planifiés.

IndustriAll Europe accueille avec satisfaction l'harmonisation croissante de l'autorisation des exportations, conformément à la Position Commune de 2008 de l'UE sur les exportations d'armes et conformément au Traité sur le commerce des armes adopté le 2 avril 2013 par l'Assemblée générale de l'Organisation des Nations Unies. Les syndicats sont également favorables à une vision à long terme des contrôles stratégiques de l'UE des exportations à double usage et à une adaptation des contrôles des exportations à l'évolution rapide des conditions technologiques, économiques et politiques.

Mais en dépit de fortes pressions sur l'industrie, notamment en raison de la réduction des budgets de défense en Europe, les syndicats considèrent irresponsable de faire passer les possibilités d'exportation avant les droits humains.

Nous répétons que l'industrie de la défense et de la sécurité est différente d'autres secteurs de l'économie. Compte tenu des produits considérés, c'est manifestement le cas. La politique joue un rôle essentiel et c'est parfaitement normal. Le rôle essentiel de la politique signifie qu'elle a aussi une responsabilité particulière envers les salariés. Les syndicats appellent donc les Etats membres et l'Union européenne à encourager les projets de diversification et de conversion afin d'ouvrir des perspectives supplémentaires aux salariés. Des projets sont nécessaires afin d'élaborer des voies de développement réalistes dans la perspective actuelle, conformément aux capacités de la main-d'œuvre.

IV Conclusion

Les syndicats soulignent qu'il ne faut pas utiliser la situation actuelle du secteur de la défense et de la sécurité comme prétexte pour affaiblir les droits des travailleurs et provoquer une restructuration conduisant à des réductions massives d'emploi et à une délocalisation à grande échelle de la production et des activités de R&D vers des pays à faibles coûts, en conservant uniquement en Europe les activités à haute valeur ajoutée.

IndustriAll Europe réclame un débat approfondi concernant les stratégies de politique industrielle nécessaires à court, moyen et long terme, qui bénéficieront aussi aux travailleurs du secteur de la défense et de la sécurité.

- Pour les syndicats, les éléments essentiels sont les niveaux d'emploi, la localisation géographique des emplois et leur qualité. En raison du caractère particulier du secteur de la défense et de la sécurité, les syndicats mettent

l'accent sur la responsabilité des pouvoirs publics afin de protéger les emplois, les sites et la chaîne d'approvisionnement. Tout l'éventail des capacités industrielles, conjointement avec toute la chaîne de valeur, doit être fourni au sein de l'Union européenne. Cela assurera l'indépendance stratégique de l'Union européenne et de ses Etats membres concernant la disponibilité de tous les équipements de défense requis.

- Pour les syndicats, cela nécessite des dépenses en matière de développement, de production et de maintien des équipements de défense en Europe, en développant une forte base industrielle et technologique capable d'assurer la sécurité et la défense de l'UE et des Etats membres. Dans ce contexte, un débat sur les capacités de défense essentielles de l'Europe est nécessaire. Ce débat devrait aussi étudier où les équipements de défense sont produits, mais il convient de s'assurer que la recherche, le développement et la production ont lieu en Europe.
- Pour les syndicats, cela nécessite des stratégies de politique industrielle dans l'Union européenne et les Etats membres, qui incluent aussi des stratégies de diversification et de conversion. En ce qui concerne la baisse des budgets de défense, les stratégies visant exclusivement l'exportation seraient une mauvaise piste. Il faut élaborer d'autres perspectives pour les salariés.
- La discussion concernant les stratégies politiques et industrielles requises pour le secteur de la défense et de la sécurité doit impliquer les travailleurs et leurs représentants à tous les niveaux de la politique industrielle et du dialogue social (niveaux régional, national et européen).